



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	095-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.139
Eingereicht am:	02.05.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Hilty Haller (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in) Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) Schild (Bern, GLP) de Meuron (Thun, GRÜNE)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Die UPD in der Krise: Welche Rolle spielte der Kanton?

Die UPD sind ein Universitätsspital und das Kompetenzzentrum für Psychiatrie und Psychotherapie des Kantons Bern und angrenzender Kantone. Die UPD erbringen im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich wertvolle Pflege, Diagnostik und Behandlungen für ihre Patientinnen und Patienten. Eine gut funktionierende psychiatrische Versorgung ist für die Bevölkerung des Kanton Bern unerlässlich.

Nun war den Medien zu entnehmen, dass die UPD im Rechnungsjahr 2023 einen Verlust von 21,9 Mio. Franken zu verzeichnen haben und dass der gesamte Verwaltungsrat zurücktritt. Mit dem Verzicht auf eine Wiederwahl an der diesjährigen Generalversammlung und dem Rücktritt des Vorsitzenden der Geschäftsleitung nimmt die gesamte oberste Führungsebene den Hut. Damit dürften die UPD in ihrer derzeitigen Lage vor zusätzliche Herausforderungen gestellt werden.

Die UPD sind nicht erst seit gestern in finanziellen Schwierigkeiten: Bereits seit 2021 wurde in Geschäftsberichten auf die finanzielle Problematik hingewiesen – und es darf davon ausgegangen werden, dass der Regierungsrat informiert wurde.

Im Februar 2024 folgte die Berichterstattung über ein schmerzhaftes Sparprogramm der UPD, was zur Folge hat, dass u. a. das Freizeitzentrum Metro und die Holzwerkstatt geschlossen werden und das sogenannte Recovery College Bern keine finanzielle und personelle Unterstützung mehr erhalten soll. Ebenso fallen Stellen im Sozialdienst weg, insgesamt sind 25 Personen betroffen. Laut UPD kam es insbesondere wegen fehlender finanzieller Unterstützung durch den Kanton zu den Schliessungen. Diese Massnahmen wurden von den Berufsverbänden und

Gesundheitsorganisationen stark kritisiert. Mit der Streichung dieser Angebote drohe ein weiterer, einschneidender Qualitätsverlust. Zudem dürfte diese Sparmassnahme zur Folge haben, dass Betroffene mehr Hilfe von Kliniken benötigen und so wieder höhere Kosten verursachen. Ein Liquiditätsrisiko und gleichzeitig ein Abgang der gesamten obersten Führungsebene dürfte die Probleme weiter akzentuieren, weshalb jetzt rasche und nachhaltige Lösungen gefragt sind. Denkbar sind beispielsweise Kredite zur Überbrückung, beschleunigte Restrukturierung, Tarifanpassung (Festsetzungsverfahren), Erhöhung des Eigenkapitals sowie die zeitnahe Genehmigung für die Fusion der UPD mit dem PZM.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Seit wann hat der Regierungsrat Kenntnis von der prekären finanziellen Situation der UPD?
2. Im vermuteten Wissen der finanziellen Schieflage stellt sich die Frage, welche nachhaltigen Lösungen (z. B. Tarifanpassungen) der Regierungsrat vorgeschlagen hat?
3. Wie kann die finanzielle Lage nun stabilisiert werden, ohne die *de facto* operative Unabhängigkeit der UPD einzuschränken?
4. Wie erklärt sich punkto Zusammenarbeit, dass zum selben Zeitpunkt der Kommunikation seitens der UPD der Kanton bereits einen neuen Verwaltungsratspräsidenten zur Wahl vorschlägt und kommuniziert?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat mit dem heutigen Wissen und den Entwicklungen auch im Spitalwesen den damaligen Entscheid, die Psychiatrie auszulagern?

Verteiler

– Grosser Rat